

# Jüdische Stimme: Verbotsforderung durch Uwe Becker ist antisemitisch

**Die Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost protestierte am Montag gegen eine Forderung des Beauftragten der hessischen Landesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, [Uwe Becker, nach einem Verbot](#) der Vereinigung:**

Der hessische Antisemitismusbeauftragte und CDU-Politiker Uwe Becker hat am 30.1.2026 auf der Webseite der Staatskanzlei Hessen eine Presseerklärung veröffentlicht, in der er fordert, die Jüdische Stimme »so schnell wie möglich« zu verbieten. Dass jemand, dessen Aufgabe es sein soll, »jüdisches Leben zu schützen« und Antisemitismus zu bekämpfen, einen jüdischen Verein verbieten will, entbehrt nicht der Ironie. Becker wirft uns »antisemitische Hetze« vor, während er als deutscher Christ eine jüdische Gruppe bekämpft. Wir betrachten dies nicht nur als groteske und autoritäre Forderung, sondern auch als antisemitische.

Dieses Verhalten ist beim fanatischen Israel-Unterstützer Becker, einem ehemaligen Präsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (...), nicht sonderlich überraschend. (...) Im August 2025 hat er die Stadt (Frankfurt am Main, *jW*) zweimal blamiert, indem er sie durch eine völlig unsachliche Gefahreneinschätzung dazu bewegte, die United4Gaza-Großdemonstration zu verbieten. Gleich zwei Gerichtsinstanzen kippten das Verbot und rügten die Stadt Frankfurt dafür, demokratische Prinzipien zu verachten. (...)

Im Mai 2023 hatte das Verwaltungsgericht Frankfurt geurteilt, dass Becker 2019 als Bürgermeister durch die unzulässige Forderung, die Veranstaltung »Meinungsfreiheit statt Zensur« im Titania-Theater abzusagen, das Gebot der Sachlichkeit verletzt hatte. (...). Bei dieser Veranstaltung zu Palästina war eine der Redner:innen die im November 2025 verstorbene Judith Bernstein, Mitglied der Jüdisch-Palästinensischen Dialoggruppe in München und eine ehemalige Vorsitzende unseres Vereins, deren Eltern 1935 von den Nazis aus Deutschland vertrieben worden waren. Sie unterstützte die BDS-Bewegung, weshalb Becker in der für rechtswidrig befundenen Presseerklärung geschrieben hatte: »Wer diesen Personen eine Bühne bietet, fördert die Judenfeindlichkeit in unserem Land.« Es ist also nicht neu, dass Becker als deutscher Nichtjude Jüdinnen und Juden als Antisemiten beschimpft, darunter auch zahlreiche, deren Familiengeschichten vom Holocaust geprägt wurden.

Wenn man bedenkt, dass Becker bei vielen öffentlichen Auftritten unpassend eine Kippa trägt, entsteht der Eindruck, dass er nicht nur bestimmen will, wer als Jude sprechen darf; er inszeniert sich auch selber als Jude. Dabei eignet er sich eine Opferrolle bei seiner gefährlichen Hetze gegen die Verräter der Staatsräson an und positioniert sich als »jüdischer« als die Jüd:innen, die er verfolgt. Gerade jüdische Gruppen können die ideologische Grundlage, auf der diese Staatsräson fußt, ins Wanken bringen und sind für Antisemitismusbeauftragte wie Becker somit ein besonderer Dorn im Auge. Er

verkörpert den antisemitischen christlichen Zionismus zusammen mit einem eifernden deutschen Philosemitismus, der durch vermeintliche Wiedergutmachung und Läuterung moralische Überlegenheit verleiht. Solche Personen wollen uns marginalisieren und letztlich durch eine staatstreue Identitätshülle ersetzen; aber, um das berühmte jiddische Widerstandslied zu zitieren: »Mir veln zey iberlebn!« (Wir werden sie überleben).

*<https://www.jungewelt.de/artikel/517187.juedische-stimme-verbotsforderung-durch-uwe-becker-ist-antisemitisch.html>*